

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 39 | 29.09.2023

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBI II 279/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über den **Aufteilungsschlüssel** in der **Krankenversicherung** der Pensionistinnen und Pensionisten

[BGBI II 280/2023](#)

Verordnung des Vorstandsvorsitzenden der Telekom Austria Aktiengesellschaft über die **Anpassung der Bezüge** und Zulagen für die gemäß § 17 Abs 1a Poststrukturgesetz (PTSG) der Telekom Austria Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesenen Beamtinnen und Beamten (**Telekom-Bezügeverordnung 2023**)

[BGBI II 282/2023 \(Anlagen\)](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die **Zulassungsstellenverordnung** geändert wird (14. Novelle zur ZustVO)

[BGBI II 283/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das Pfand für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall (**Pfandverordnung für Einweggetränkeverpackungen**)

[BGBI II 284/2023](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Verpackungsverordnung 2014 geändert wird (**Verpackungsverordnung-Novelle 2023**)

[BGBI II 285/2023 \(Anlage 1; Anlage 2\)](#)

Verordnung des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten, mit der die **Konsularverordnung** geändert wird

[BGBI II 286/2023](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft über eine **Soforthilfemaßnahme** für **Erzeuger** in den **Agrarsektoren 2023**

[BGBl II 287/2023](#)

Verordnung des Vorsitzenden des Vorstandes der Österreichischen Post Aktiengesellschaft über die Festsetzung einer pauschalierten Aufwands- und Erschwerniszulage (**Betriebssonderzulage**) für Bedienstete, die der Österreichischen Post Aktiengesellschaft oder einem Unternehmen, das durch Maßnahmen der Umgründung im Rahmen des bestehenden Gesellschaftsrechts aus dieser Gesellschaft hervorgegangen ist, zur Dienstleistung zugewiesen sind (**Betriebssonderzulagen-Verordnung 2023 – BSZ 2023**)

[BGBl II 288/2023 \(Anlagen 1 und 2\)](#)

Verordnung des Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Post Aktiengesellschaft über die Anpassung der Bezüge und Zulagen für die gem § 17 Abs 1a des Poststrukturgesetzes (PTSG) der **Österreichischen Post Aktiengesellschaft** oder der GIS Gebühren Info Service GmbH oder einem dieser Gesetzesbestimmung unterliegenden Tochterunternehmen der Österreichischen Post Aktiengesellschaft zur Dienstleistung zugewiesenen Beamten (**Post-Bezügeverordnung 2023**)

[BGBl III 152/2023](#)

Änderung der Anlage III des **Rotterdam Übereinkommens** über das Verfahren der vorherigen Zustimmung **nach Inkennzeichnung** für bestimmte gefährliche **Chemikalien sowie Pestizide** im internationalen Handel

[BGBl III 151/2023](#)

Kündigung des Abkommens - in Form eines Briefwechsels - über die **Besteuerung von Zinserträgen** zwischen der Republik Österreich und den Turks and Caicos Islands

[BGBl III 149/2023](#)

Rahmenabkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich vertreten durch den Bundesminister für Finanzen und der Regierung der Republik Kenia vertreten durch das kenianische Ministerium für Finanzen und wirtschaftliche Planung über die **finanzielle Kooperation**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 234 v 22.09.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/1804 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 über den **Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe** und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/94/EU

[ABl L 234 v 22.09.2023, 48](#)

Verordnung (EU) 2023/1805 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 über die **Nutzung erneuerbarer und kohlenstoffarmer Kraftstoffe** im Seeverkehr und zur Änderung der Richtlinie 2009/16/EG

[ABl L 238 v 27.09.2023, 1](#)

Verordnung (EU) 2023/2053 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. September 2023 zur **Festlegung** eines mehrjährigen **Bewirtschaftungsplans** für Roten Thun im Ostatlantik und im Mittelmeer, zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr 1936/2001, (EU) 2017/2107 und (EU) 2019/833 und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2016/1627

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2023, [E 2645/2022](#)

AsylG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten betreffend einen Staatsangehörigen von Äthiopien; mangelhafte Auseinandersetzung mit Berichten von UNHCR und Länderinformationen der Staatendokumentation zur Sicherheitslage

13.06.2023, [E 2551/2022](#)

AsylG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status einer subsidiär Schutzberechtigten betreffend eine Staatsangehörige von Somalia; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten zur Sicherheits- und Versorgungslage, insbesondere im Hinblick auf eine innerstaatliche Fluchtalternative

28.06.2023, [E 938/2023](#)

AsylG; FremdenpolizeiG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines subsidiär Schutzberechtigten betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; keine Auseinandersetzung mit Länderberichten des UNHCR betreffend die Lage von – aus einem (ehemals) vom IS besetzten Gebiet stammenden – sunnitischen Arabern sowie mit der Erreichbarkeit der Herkunftsprovinz des Beschwerdeführers

18.09.2023, [E 1864/2023](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** durch fehlende Überlegungen oder Ermittlungen zu den Auswirkungen der Entscheidungen auf das Kindeswohl; keine Beurteilung der Konsequenzen einer allfälligen Trennung der Familie

18.09.2023, [E 2019/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Prüfung der vorgebrachten Gefahr einer drohenden Einziehung zum Militärdienst in der syrischen Armee; mangelnde schlüssige Begründung, warum diesbezüglich keine asylrelevante Verfolgung vorliegt

18.09.2023, [E 1416/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; unterlassene Ermittlung, ob dem Bf eine Möglichkeit zur legalen Einreise offensteht trotz deutlicher Veränderung der Einreisemöglichkeiten in den Libanon seit 2018

18.09.2023, [E 944/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch einen in die Verfassungssphäre reichenden Fehlers; keine Auseinandersetzung mit der individuellen Situation des Bf im wehrdienstfähigen Alter, der den Wehrdienst beim syrischen Militär noch nicht abgeleistet hat; weder welche Auswirkungen eine Rückkehr habe noch ob eine Einberufung oder zwangsweise Einziehung drohe

19.09.2023, [E 1607/2023](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Ausüben von Willkür; maßgebliche Aktenwidrigkeit in einem wesentlichen Entscheidungspunkt; keine nachvollziehbaren Ausführungen in Hinblick auf die fehlende „westliche Orientierung“ bzgl der Einstellung und Lebensgestaltung der Bf

19.09.2023, [E 940/2023](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; Verletzung im Recht auf **Achtung des Privat- und Familienlebens** durch unterlassene Würdigung des im Rahmen der Interessenabwägung einzugehenden geschützten Verbindung des Bf zu seinem Sohn zum

Zeitpunkt der Entscheidung iSd Art 8 EMRK; keine Ermittlungen, welche Auswirkung die Entscheidung auf die Beziehung zwischen Vater und Kind sowie auf das Kindeswohl hätte

20.09.2023, [WI 5/2023](#)

Oö GemeindeO; Stattgabe der Anfechtung der Nachwahl eines Mitglieds des **Gemeindevorstands** der Gemeinde Franking wegen **rechtswidriger Nichtberücksichtigung eines Wahlvorschlags**; Unbedenklichkeit der – nach erfolgloser Fraktionswahl durchzuführenden – Mehrheitswahl durch den Gemeinderat für die Besetzung eines Gemeindevorstandsmandats bei Nichterreichen des Anwesenheitsquorums; keine Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens wegen Verletzung des geheimen Wahlrechts mangels eines Antrags auf Durchführung einer geheimen Wahl

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

04.05.2023, [Ra 2021/11/0167](#)

Wr Leichen- und Bestattungsg; nach dem Wr Leichen- und Bestattungsg darf eine Bestattung nur in einer **Bestattungsanlage** (Friedhof oder Urnenhain) oder Privatbegräbnisstätte vorgenommen werden; es ist zwischen der Bestattung von Leichen und Leichenasche (in Urnen) zu unterscheiden; die Bestattung von Leichenasche in Privatbegräbnisstätten außerhalb von Bestattungsstätten darf gem § 25 Abs 1 leg cit nur bei Zustimmung des Grundeigentümers und bei Fehlen entgegenstehender öffentlicher Interessen bewilligt werden; durch **Bewilligung mehrerer Privatbegräbnisstätten** darf nicht das äußere Erscheinungsbild einer Bestattungsanlage (eines Friedhofs oder eines Urnenhains) entstehen; zur Klärung der Frage, ob eine Bestattungsanlage vorliegt, ist im Rahmen einer Gesamtschau zu prüfen, ob das in Betracht kommende Grundstück der Beisetzung (von Leichen oder Leichenasche) eines – üblicherweise – offenen Personenkreises dient

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 01.08.2023, [W157 2252057-1](#)

Audiovisuelle Mediendienste-G; KommAustria-G; gem § 62 Abs 3 Audiovisuelle Mediendienste-G kann die Regulierungsbehörde auf **Veröffentlichung ihrer Entscheidung** erkennen und dem Mediendienstanbieter auftragen, wann, in welcher Form und in welchem Programm dies zu erfolgen hat; nicht zwingend (aber naheliegend) ist eine Veröffentlichung, welche durch die Wahl der Sendezeit ein **vergleichbares Publikum** erreicht

BVwG 30.08.2023, [W214 2254886-1](#), [W214 2232816-2](#)

DSGVO; DSG; die Löschung der in Frage stehenden Daten führt nicht dazu, dass das Ziel der Beschwerde erreicht wird; eine Verletzung des Rechts auf **Geheimhaltung** heilt nicht dadurch, dass die Daten nachträglich gelöscht werden; eine „**Heilung**“ einer Verletzung im Recht auf Geheimhaltung ist letztlich – im Gegensatz zum Recht auf Löschung und Recht auf Auskunft – **nicht möglich**

BVwG 06.09.2023, [G303 2276685-1](#)

SchulpflichtG; eine auf „Vorrat“ ausgesprochene **Untersagung** der Teilnahme am Unterricht an der Privatschule entgegen dem Wortlaut des Gesetzes ist **unzulässig**; die Untersagungstatbestände des § 11 Abs 6 Z 3 bis 5 SchulpflichtG betreffen nach dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes den häuslichen Unterricht

BVwG 13.09.2023, [W203 2266488-1](#), [W203 2266330-1](#)

UniversitätsG; zwischen den beiden Lehrveranstaltungen bestehen wesentliche Unterschiede hinsichtlich der erworbenen bzw zu erwerbenden Kenntnisse; mangels Rechtsgrundlage muss im **Anerkennungsverfahren** außer Acht bleiben, ob die Universität einen „**unrealistischen Übergang**“ auf die **neue Studienarchitektur** (Bachelor- und Masterstudien anstelle der Diplomstudien) vorgesehen hat

LVwG Oö 01.08.2023, [LVwG-050271](#)

Oö HundehalteG; reines **Anbellen** oder **Anknurren** von Personen, Artgenossen oder anderen Tieren reicht jedenfalls nicht zur Feststellung der **Auffälligkeit eines Hundes** iSd § 1 Abs 2 Z 1 Oö HundehalteG aus, sondern sind Bestandteil normaler Hundekommunikation

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[28.09.2023, Rs C-692/20, Kommission/ Vereinigtes Königreich \(Marquage fiscal du gazole\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Urteil des Gerichtshofs, mit dem eine Vertragsverletzung festgestellt wird – Nichtdurchführung – Richtlinie 95/60/EG – **Steuerliche Kennzeichnung** von **Gasöl** – Abkommen über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft – Protokoll zu Irland/Nordirland – **Fortdauer der Zuwiderhandlung** im Hinblick auf Nordirland nach dem Ende des Übergangszeitraums – Art 260 Abs 2 AEUV – Finanzielle Sanktionen – Pauschalbetrag – Schwere der Zuwiderhandlung – **Zahlungsfähigkeit**

[28.09.2023, Rs C-123/21 P, Changmao Biochemical Engineering / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Dumping** – Einfuhren von **Weinsäure** mit Ursprung in China – Bestimmung des Normalwerts – Verordnung (EU) 2016/1036 – Art 2 Abs 7 – Protokoll über den Beitritt der Volksrepublik China zur **Welthandelsorganisation (WTO)** – Art 15 – Feststellung der Anfälligkeit des Wirtschaftszweigs der Europäischen Union – Feststellung einer **drohenden Schädigung**

[28.09.2023, Rs C-320/21 P, Ryanair / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfe – Art 107 Abs 2 Buchst b AEUV – **Schwedischer Luftverkehrsmarkt** – Vom Königreich Schweden gewährte **Beihilfe** zugunsten eines Luftfahrtunternehmens im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie – **Befristeter Rahmen** für staatliche Beihilfen – Staatliche Garantie für eine **revolvierende Kreditfazilität** – Beschluss der Europäischen Kommission, keine Einwände zu erheben – Beihilfe zur Beseitigung von Schäden, die von nur einem einzelnen Geschädigten erlitten wurden – **Grundsätze der Verhältnismäßigkeit** und der **Nichtdiskriminierung** – Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit

[28.09.2023, Rs C-321/21 P, Ryanair / Kommission](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfe – Art 107 Abs 2 Buchst b AEUV – **Dänischer Luftverkehrsmarkt** – Vom Königreich Dänemark gewährte **Beihilfe** zugunsten eines Luftfahrtunternehmens im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie – Befristeter Rahmen für staatliche Beihilfen – Staatliche Garantie für eine **revolvierende Kreditfazilität** – Beschluss der Europäischen Kommission, keine Einwände zu erheben – Beihilfe zur Beseitigung von Schäden, die von nur einem einzelnen Geschädigten erlitten wurden – **Grundsätze der Verhältnismäßigkeit** und der **Nichtdiskriminierung** – Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit

[28.09.2023, Rs C-671/21, Gargždy geležinkelis](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum** – Richtlinie 2012/34/EU – Zuweisung von Fahrwegkapazität im Schienenverkehr – Art 45 – Netzfahrplanerstellung – Art 46 – **Koordinierungsverfahren** – Art 47 – Überlastete Fahrwege – Priorisierung bestimmter Verkehrsdienste – **Vorrangkriterien** – Nationale Regelung, die an die Intensität der Fahrwegnutzung geknüpfte Vorrangregeln vorsieht

[28.09.2023, Rs C-133/22, LACD](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2011/83/EU – Art 2 Nr 14 – Richtlinie (EU) 2019/771 – Art 2 Nr 12 – **Gewerbliche Garantie** – Eigenschaften oder andere als die Mängelfreiheit betreffende Anforderungen der verkauften Ware, die in der Garantieerklärung oder der einschlägigen Werbung beschrieben sind – **Verpflichtung eines Garantiegebers**, die sich auf die Zufriedenheit des betreffenden Verbrauchers mit der erworbenen Ware bezieht – **Prüfung der mangelnden Zufriedenheit** des Verbrauchers

[28.09.2023, Rs C-508/22, Administrația Județeană a Finanțelor Publice Brașov \(Transfert du droit au remboursement\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Inländische Abgaben** – Art 110 AEUV – Erstattung einer von einem Mitgliedstaat unionsrechtswidrig erhobenen Steuer – **Steuer** auf die **Erstzulassung** eines Kraftfahrzeugs – **Einbeziehung der Steuer** in den Marktwert des Fahrzeugs, für das diese Steuer entrichtet wurde – **Übergang des Erstattungsanspruchs** auf einen späteren Erwerber dieses Fahrzeugs

B. SCHLUSSANTRÄGE

[28.09.2023, Rs C-470/21, La Quadrature du Net ua \(\) und lutte contre la contrefaçon \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verarbeitung personenbezogener Daten und **Schutz der Privatsphäre** in der **elektronischen Kommunikation** – Richtlinie 2002/58/EG – Art 15 Abs 1 – Befugnis der Mitgliedstaaten, bestimmte Rechte und Pflichten zu beschränken – Erfordernis einer **vorherigen Kontrolle** durch ein Gericht oder eine unabhängige Verwaltungsstelle, deren Entscheidung bindend ist – Identitätsdaten, die einer IP-Adresse zugeordnet sind

[28.09.2023, Rs C-308/22, PAN Europe \(Closer\) \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Angleichung der Rechtsvorschriften – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln** – Bewertung für die Zwecke der Zulassung – Art 36 – Art 44 – **Ermessen** des betreffenden Mitgliedstaats hinsichtlich der Bewertung des berichterstattenden Mitgliedstaats der Zone, der den Antrag geprüft hat – Verpflichtung zur Berücksichtigung des neuesten Stands von Wissenschaft und Technik, auch außerhalb von Leitlinien – **Vorsorgeprinzip**

[28.09.2023, verb Rs C-309/22 u Rs C-310/22, PAN Europe \(évaluation des propriétés de perturbation endocrinienne\) \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Angleichung der Rechtsvorschriften – Verordnung (EG) Nr 1107/2009 – **Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln** – Bewertung für die Zwecke der Zulassung – **Kriterien** – **Endokrinschädliche Eigenschaften** – Verordnung (EU) 2018/605 – Übergangsregelung – **Anwendung der Kriterien** auf laufende Verfahren – Neuester Stand von Wissenschaft und Technik – Stand von Wissenschaft und Technik zum Zeitpunkt der Anwendung oder des Erlasses des Bescheids – **Vorsorgeprinzip**

[28.09.2023, Rs C-336/22, f6 Cigarettenfabrik \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Richtlinie 2008/118/EG – **Allgemeines Verbrauchsteuersystem** – Art 1 – Richtlinie 2011/64/EU – Struktur und Sätze der **Verbrauchssteuern auf Tabakwaren** – Art 14 – Tabakbesteuerung – Erhitzter Tabak – **Nationale Regelung**, die für erhitzten Tabak eine andere Struktur und einen anderen Steuersatz vorsieht als für anderen Rauchtak

[28.09.2023, Rs C-341/22, Feudi di San Gregorio Aziende Agricole \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Steuerpflichtiger – **Nicht operatives Unternehmen** – Widerlegbare Vermutung auf der Grundlage des Verhältnisses des Wertes der Umsätze zum Wert des Anlagevermögens – **Beschränkung des Rechts auf Vorsteuerabzug** – Grundsatz der **Neutralität der Mehrwertsteuer** – Verhältnismäßigkeit – Rechtssicherheit – Berechtigtes Vertrauen

[28.09.2023, Rs C-509/22, Girelli Alcool \(GA Collins\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerrecht – Verbrauchsteuern – Richtlinie 2008/118/EG – Art 7 Abs 4 – **Entstehung des Verbrauchsteueranspruchs** – Überführung von Waren in den steuerrechtlich freien Verkehr – Befreiung im Fall der **vollständigen Zerstörung** oder des **unwiederbringlichen Verlusts** einem Verfahren der Steueraussetzung unterstellter verbrauchsteuerpflichtiger Waren – Unvorhersehbare Ereignisse – Von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaats erteilte Genehmigung – **Unwiederbringlicher Verlust** aufgrund eines nicht groben Verschuldens eines Angestellten des zugelassenen Lagerinhabers

[28.09.2023, Rs C-536/22, VR Bank Ravensburg-Weingarten \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – **Wohnimmobilienkreditverträge** für Verbraucher – Richtlinie 2014/17/EU – **Vorzeitige Rückzahlung** des Kredits – **Nationale Regelung**, die eine Entschädigung unter Einschluss des entgangenen Gewinns des Kreditgebers vorsieht – Methode zur Berechnung des entgangenen Gewinns – Kündigung des Vertrags vor Rückzahlung

C. GERICHT

[27.09.2023, Rs T-12/15, Banco Santander und Santusa / Kommission](#)

Staatliche Beihilfen – Beihilferegulung, die Spanien durchgeführt hat – Abzüge von der Körperschaftsteuer, die in Spanien steuerlich ansässigen Unternehmen die Abschreibung des sich aus dem Erwerb von **indirekten Beteiligungen** an **ausländischen Unternehmen** mittels des Erwerbs von **direkten Beteiligungen** an **ausländischen Holdinggesellschaften** ergebenden Geschäfts- oder Firmenwerts ermöglicht – Beschluss, mit dem die Beihilferegulung für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt und die **Rückforderung** der **gewährten Beihilfen** angeordnet wird – Entscheidung 2011/5/EG – Beschluss 2011/282/EU – Anwendungsbereich – Rücknahme eines Rechtsakts – Rechtssicherheit – Berechtigtes Vertrauen

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

26.09.2023, Beschwerde Nr [15669/20](#), *Yüksel Yalcinkaya/Türkei* GK

Verletzung von **Art 7 EMRK** (nulla poena sine lege); **Verurteilung** wegen Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Vereinigung, die maßgeblich auf die **Nutzung** der **verschlüsselten Messaging-Anwendung** ByLock gestützt wurde, ohne dass die materiellen und psychischen Tatbestandsmerkmale im Einzelnen festgestellt wurden; weitreichende, unvorhersehbare richterliche Auslegung, die mit dem Wesen des angefochtenen Straftatbestands unvereinbar ist, der einen bestimmten Vorsatz erfordert; die Auslegung der inländischen Gerichte machte ByLock-Benutzer praktisch automatisch strafbar; Art 7 EMRK stellt ein nicht abdingbares Recht dar, und seine Garantien durften nicht weniger streng angewandt werden, auch nicht in Bezug auf terroristische Straftaten, die angeblich unter Umständen begangen wurden, die das Leben der Nation bedrohten; ebenso wird Art 6 EMRK im Urteil erörtert

26.09.2023, Beschwerde Nr [26473/18 und 265/17](#), *Yordanov u.a./Bulgarien*

Verletzung von **Art 1 Protokoll Nr 1 EMRK** (Schutz des Eigentums); **unverhältnismäßiger Verfall von Vermögenswerten** der Bf als „unrechtmäßig erworben“, ohne das verbotene Verhalten, das zum Erwerb geführt hat, zu spezifizieren oder irgendeine Verbindung zwischen diesen Vermögenswerten und dem Verhalten herzustellen; erhebliche Anzahl von Mängeln in den Rechtsvorschriften von 2005; individuelle Beurteilung erforderlich

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.